

E-Payment

Bargeld ist antiquiert

[31.3.2015] Die moderne Verwaltung ist bargeldlos. Das zeigt eine Umfrage unter deutschen Kommunen. Zwar wird elektronisches Bezahlen noch nicht flächendeckend angeboten, aber das Interesse an E-Payment-Lösungen ist groß.

Neue Interaktionswege und Ansprüche der digitalen Gesellschaft treiben das Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung voran: Das E-Government-Gesetz des Bundes verfolgt das Ziel, die digitale Infrastruktur in den Verwaltungsorganen von Bund, Ländern und Kommunen auszubauen. Auch Zahlungssysteme sollen Teil der Modernisierungsoffensive sein. Doch wie weit sind E-Payment und bargeldlose Bezahlmethoden in den kommunalen Alltag integriert? Eine aktuelle Studie des Deutschen Städte- und Gemeindebunds (DStGB) und der Initiative Deutsche Zahlungssysteme zeigt: Viele Kommunen sind schon jetzt gut aufgestellt. Gegenüber elektronischen Bezahlösungen beweisen die 71 befragten Kommunalverantwortlichen große Offenheit. Durchgeführt wurde die Umfrage zur Akzeptanz von E-Geld im Oktober und November 2014. Laut der Studie setzen bereits rund zwei Drittel der Kommunen in Deutschland bargeldloses Bezahlen um. Während mehr als die Hälfte der Dienstleistungen in Bürgerämtern online genutzt werden können, ist eine internetbasierte Bezahlung ebensolcher Leistungen bislang in nur wenigen Fällen möglich (13 Prozent). Die meistgenutzte Zahlungsmethode in den Kommunalverwaltungen ist neben der klassischen Barzahlung (87 Prozent) das Entrichten der Gebühr per girocard (68 Prozent). Werden die Verantwortlichen aber nach der bevorzugten Zahlungsart ihres Kassenpersonals sowie der Bürger befragt, steht nicht etwa die Barzahlung an erster Stelle: 38 Prozent des Kassenpersonals und 49 Prozent der Bürger bevorzugen die girocard. Gleichermaßen bevorzugen 15 Prozent des Kassenpersonals und 15 Prozent der Bürger die Barzahlung. Kontaktlose Zahlungsverfahren werden den Bürgern mit einem Prozent bislang kaum angeboten.

GeldKarte mit vielen Möglichkeiten

Neben der Implementierung in Bürgerämtern empfinden die Verantwortlichen bargeldloses Bezahlen vor allem in Büchereien, Schwimmbädern, an Parkscheinautomaten und im öffentlichen Personennahverkehr als sinnvoll. Ebenso ist die soziale Subventionierung ein kommunales Einsatzfeld, da sich die

finanzielle Bezuschussung bedürftiger Familien elektronisch abwickeln lässt. Sozialgutscheine via GeldKarte sind beispielsweise in der Schulverpflegung, für Bildungsgutscheine oder als City- oder Familiencard einsetzbar. Derzeit wird eine chipbasierte Subventionierung in weniger als jeder zehnten Kommune durchgeführt. Mittel- oder langfristig ist die Einführung dieses Systems für mehr als die Hälfte der Kommunen denkbar. Im Zuge des Ausbaus der Ganztagesbetreuung an Schulen nimmt die Schulverpflegung eine immer wichtigere Rolle ein. In mehr als 420 Schulen in Deutschland zahlen die Schüler ihr Essen in der Kantine bereits bargeldlos via Chiptechnologie auf Basis der GeldKarte. Damit können auch Kinder bezuschusst werden, ohne dass es für Außenstehende ersichtlich wird. Laut der Befragung kennt ein Drittel der Kommunalverantwortlichen diese Möglichkeiten in der Schulverpflegung bislang nicht, zeigt aber ein spontanes Interesse daran. Auch Waschküchen sind ein möglicher Einsatzbereich. In einigen sozialen Wohnungsbauprojekten, aber auch in Studentenwohnheimen, gibt es Waschküchen für die Bewohner, in denen bargeldlose Systeme wie das der GeldKarte zum Einsatz kommen. Die Umfrageergebnisse weisen darauf hin, dass noch mehr Aufklärungsarbeit hinsichtlich einfacher bargeldloser Registrier- und Bezahlssysteme geleistet werden sollte. Nicht zuletzt kann die GeldKarte als elektronisches Parkticket genutzt werden. Neben den gängigen Parkscheinautomaten an der Straße gibt es in Parkhäusern auch die Möglichkeit des Check-In/Check-Out-Verfahrens. Dabei wird bei der Einfahrt die Ankunftszeit auf der Karte gespeichert und bei der Ausfahrt der zu zahlende Betrag abgebucht. Zwar wird dieses System zurzeit nur in einigen Kommunen umgesetzt, doch mehr als jeder zehnte Befragte zeigt ein konkretes Interesse an der Einführung. Vorteile von E-Geld in der Verwaltung sehen die Befragten insbesondere in der Wirtschaftlichkeit, der Vereinfachung von Abläufen sowie in einem Imagegewinn durch einen moderneren Auftritt. Sie sind sich sicher: Nicht nur der bürokratische Aufwand ließe sich reduzieren, auch in personeller Hinsicht käme es zu einer Effizienzsteigerung. Ebenso ist der Sicherheitsaspekt bei einer bargeldlosen Verwaltung entscheidend: Je weniger Bargeld in den Geldkassetten, desto geringer das Risiko für Überfälle. Weitere Funktionen auf der girocard, wie die digitale Signatur oder die Altersverifikation werden als praktisch und den Kommunalbetrieb bereichernd eingeschätzt (48 Prozent und 34 Prozent).

Scheine und Münzen im Rückzug

Zahlungen via Smartphone wurden in den vergangenen Jahren als

Zukunftsmodell charakterisiert, doch auf kommunaler Ebene scheint Mobile Payment aktuell noch wenig relevant. Nur drei Prozent nutzen es und vier Prozent der Befragten planen eine Einführung. Kontaktlose Bezahlssysteme sind hingegen zwei Dritteln bekannt, rund 70 Prozent der Befragten können sich den Einsatz in der Kommune vorstellen. Folgt man der Vorstellung der Kommunalverantwortlichen, sieht die deutsche Verwaltungslandschaft in zehn Jahren so aus: Bargeld verliert an Bedeutung, girocard-Zahlungen, Mobile Payment und Kontaktlos-Zahlungen werden hingegen die beliebtesten Bezahlmethoden sein. Ist der digitale Zahlungsverkehr bald also alleinige Praxis in öffentlichen Einrichtungen? Zwar wird elektronisches Bezahlen in den Kommunen noch nicht flächendeckend angeboten. Die Studie zeigt aber: Für viele Einsatzbereiche besteht großes Interesse an modernen Bezahlösungen. Vorteile bargeldloser Technologien gegenüber Scheinen und Münzen werden von den Befragten klar erkannt. An die dargestellten Zahlen schließt sich ein Optimierungsbedarf für die Zukunft an. Es gilt, die Affinität und vorhandene Potenziale im kommunalen Bereich zu nutzen und auszubauen. Innovative Bezahltechnologien müssen als das verstanden werden, was sie sind: Bereicherung und Chance. Sie bieten vielfältige Vorteile für Verwaltung und Bürger und erleichtern den bürokratischen Alltag für beide Parteien gleichermaßen. Für die Verantwortlichen aus Politik und Wirtschaft ist es daher an der Zeit, auf der Verwaltungsebene weitere Impulse für das Zahlen der Zukunft zu setzen.

Ingo Limburg ist Vorstandsvorsitzender der Initiative Deutsche Zahlungssysteme e.V., Berlin.

<http://www.initiative-deutsche-zahlungssysteme.de>

Dieser Beitrag ist im Spezial der April-Ausgabe von Kommune21 erschienen. Hier können Sie ein Exemplar bestellen oder die Zeitschrift abonnieren. (Deep Link)

Stichwörter: Payment, Deutsche Zahlungssysteme, E-Payment, Umfrage, Finanzwesen, GeldKarte

Bildquelle: giropay GmbH

Quelle: www.kommune21.de